



DOPPELKONZERT

Die Bands Rainer von Vielen und Orange begeistern das Publikum in der Musa

SEITE 12



PREMIERE

Regisseur Dominique Mentha inszeniert die Verdi-Oper „Luisa Miller“ in Kassel

SEITE 13



WEIHNACHTSGESCHENKE

Gänselieseltuch oder Göttingen-Kugelschreiber: Tipps für Präsente aus der Region

SEITE 14

STADTGESPRÄCH



WEIHNACHTSMARKT:

Warum schließen die Buden in Göttingen eigentlich schon um 20.30 Uhr? In Kassel zum Beispiel ist bis 22 Uhr geöffnet.

KITAS UND BUSSE:

Die Kita-Gebühren werden ab August 2017 um drei Prozent erhöht. Auch Busfahrten soll teurer werden. Das hat der Rat mehrheitlich beschlossen.

KURZNOTIZEN

Nakba-Ausstellung wird verlängert

GÖTTINGEN. Die Ausstellung „Die Nakba - Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“ in der privaten Galerie „Alte Feuerwache“, Ritterplan 4, wird bis Freitag, 30. Dezember, verlängert. Das teilen Gisela Hylus und Jörg Dreykluft von der Galerie „Alte Feuerwache“ mit und geben das große Interesse an der Ausstellung als Grund an. Ursprünglich sollte die Wanderausstellung, im Jahr 2008 vom Verein „Flüchtlingskinder im Libanon“ erstellt, im Kulturwissenschaftlichen Zentrum der Georg-August-Universität gezeigt werden, was nach Protesten zunächst abgesagt wurde. Von Kritikern wird die Ausstellung als einseitig antiisraelisch bezeichnet. Die Ausstellung ist montags bis freitags von 10 bis 12 und von 15 bis 18 Uhr sowie sonntags von 11 bis 13 Uhr zu sehen. *hein*

Einbrüche in vier Wohnhäuser

GÖTTINGEN. Die Serie von Tageswohnungseinbrüchen im Göttinger Stadtgebiet geht weiter. In vier Wohnhäuser ist am Sonnabend in der Zeit zwischen 10 und 21 Uhr eingebrochen worden. Wie die Polizei jetzt mitteilt, drangen die unbekannt Täter gewaltsam durch Fenster in Gebäude im Birkenweg, Fuldaweg, Stauffenbergweg und Lichtenwalder Straße ein und durchsuchten die Wohnräume. Eine genaue Schadensaufklärung liegt noch nicht vor. Zeugen werden gebeten, sich unter Telefon 0551 / 4 91 2115 bei der Polizei zu melden. *ms*

Reifen an vier Autos zerstochen

GÖTTINGEN. Unbekannte haben in der Nacht zu Sonntag an vier geparkten Autos in der Göttinger Färberstraße die Reifen beschädigt. Nach bisherigen Erkenntnissen stachen die Täter mit einem spitzen Gegenstand auf insgesamt sechs Autoreifen ein. Über die Schadenshöhe kann die Polizei noch keine Angaben machen. Hinweise werden unter Telefon 0551 / 4 91 2115 entgegengenommen. *ms*



Mit laufendem Motor: Fahrzeuge in der Warteschlange vor dem Parkhaus Groner Tor. FOTO: HINZMANN

Diesel-Fahrverbot: „Kein Thema“

Göttinger Politiker zu den Plänen der Bundesumweltministerin Barbara Hendricks

GÖTTINGEN. Der Vorstoß von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD), bei bestimmten Wetterlagen Diesel-Fahrverbote zu verhängen, stößt bei vielen Göttinger Politikern auf Kritik. Die Ministerin will den Kommunen drei Instrumente geben, um den Stickoxidausstoß einzudämmen: die Sperrung von Straßen, das tageweise Fahrverbot für Autos mit geraden oder ungeraden Kennzeichennummern und die Fahrerlaubnis nur mit neuen Plaketten für umweltfreundliche Wagen.

Die Göttinger SPD verweist darauf, dass Grenzwerte und Jahresmittelwerte für Stickoxide im vergangenen Jahr in Göttingen überschritten worden seien, erklärt der umweltpolitische Sprecher der Ratsfraktion, **Volker Grothey** (Foto). Deshalb bereite die Verwaltung eine Überarbeitung des Luftreinhalteplans vor. „Eine nachhaltige Reduzierung der innerstädtischen Luftschadstoffbelastung kann nur durch eine Kombination vorausschauender



und tatsächlich zielführender Maßnahmen erreicht werden“, meint Grothey. „Bisher war ein Fahrverbot für Diesel-Fahrzeuge kein Thema.“

Die Umsetzung eines Diesel-Fahrverbotes sei nur schwer zu realisieren, sagt **Rolf Becker** (Foto), Vorsitzender der Ratsfraktion der Grünen. Den Kommunen zu überlassen, aus zwei bis drei Möglichkeiten zu wählen, erscheine ihm zu wenig. Wenn in der Stadt die Grenzwerte überschritten werden, sollte es auch Möglichkeiten geben, ein Fahrverbot zu erlassen – „so leid es mir dann auch tut, dass Menschen mit bestimmten Fahrzeugen nicht mehr fahren dürfen“. Zudem müssten die Kommu-



Verwaltung lässt Luftreinhalteplan überarbeiten.

nen dafür sorgen, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) so schnell wie möglich abgasfrei zu machen. „Per-



vers“ sei in Beckers Augen, dass die Bundesregierung Diesel subventioniere und gleichzeitig den Kommunen auftrage, etwas gegen die Folgen zu unternehmen.

Gerd Nier (Foto) von den Linken lehnt die Vorschläge ab. Er setzt auf die Förderung alternativer Verkehrsmodelle.

„Das Anliegen an sich ist richtig. Die Vorschläge allerdings findet

Nier „hilflos und bürokratisch“. Die Plakettenlösung habe sich nur bedingt bewährt. „Die Sperrung von Straßen für Dieselfahrzeuge ist schwer zu kontrollieren“, so Nier. Ähnliches gelte für die Regel mit den Nummernschildern. Das verlange einen Riesenkontrollaufwand. Zudem treffe es vor allem Menschen mit kleinem Geldbeutel, die sich weder neue noch mehrere Autos leisten können. Nier möchte, dass der Staat mehr Geld für den ÖPNV, beispielsweise zur Anschaffung von Elektrobussen, zur Verfügung stellt. Zudem sollen alternative Konzepte wie Mitfahrzentra-



len- und Systeme und Park&Ride gefördert werden. Der in Göttingen eingeschlagene Weg, Busfahren teurer zu machen, sei falsch.

„Alternative Antriebe fördern“, das ist auch nach Meinung des **CDU-Fraktionsvorsitzenden Hans-Georg Scherer** (Foto) der richtige Weg. Dieselfahrzeuge aus der Innenstadt auszusperren, sei kurzfristig keine Lösung. Gemeinsam mit dem stellvertretenden Stadtverbandsvorsitzenden **Thomas Deppe** plädiert er für die Anschaffung von Gas- und Elektrobussen. Man müsse aber schauen, wie man das Umweltproblem in den Griff bekommt. Auch müsse man an die vielen Handwerker denken, die auf ihre Fahrzeuge angewiesen sind.

Auch der **FDP-Stadtverband** lehnt die Pläne ab. Vorsitzende **Felicitas Oldenburg** (Foto) nennt die Vorschläge „einen Schuss in den Ofen“. Um dem Schadstoffausstoß Herr zu werden, bedürfe es anderer Instrumente. Die Umweltplakette



wirke nicht. „Mehr davon wäre eine Verzweiflungstat.“ Oldenburg fordert stattdessen eine bessere Umsetzung der grünen Welle in der City.

Zu einem Diesel-Fahrverbot in Innenstädten gebe es keine beschlossene Meinung der **Piraten**, sagt **Francisco Welter-Schultes** (Foto) von der Ratsfraktion.

Auf Bundesebene habe es in den vergangenen 15 Jahren bei den Abgasnormen „schwere Versäumnisse“ gegeben. Er persönlich sei dafür, den Nutzen von Diesel-Fahrverboten wissenschaftlich untersuchen zu lassen. Wenn sich aus derartigen Studien ergeben sollte, dass die Luft durch ein Fahrverbot viel besser wird, müsse man dieses ins Auge fassen.

Torsten Wucherpfennig von der **Antifaschistischen Linke** war am Montag ebenso wie die Vertreter von **Die Partei** und der **Alfa** für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

bib, atu, hein



Entscheidung über große Möbelmarkt-Fläche bleibt offen

Sorge um Konkurrenzdruck, gute Nachbarschaft und fehlende Steuereinnahmen / Baupolitiker sollen weiter beraten

GÖTTINGEN. Wie groß darf ein neuer Möbelmarkt am Rand der Stadt Göttingen sein, um Altanbieter in Stadt und Umland nicht in ihrer Existenz zu gefährden? Diese Sorge hat die Ratsfraktionen erneut beschäftigt.

In Groß Ellershausen, direkt an der Autobahn, will ein Investor einen XXXL- und POCO-Möbelmarkt ansiedeln – mit einer Verkaufsfläche von 33 000 Quadratmetern. Mit einem gemeinsamen Ratsantrag wollen Piraten, Die Partei, Göttinger

Linke und Antifa-Linke die maximale Verkaufsfläche jetzt auf 14 500 Quadratmeter beschränken.

Bereits ansässige Möbelhäuser hätten Sorgen um ihre Existenz, auch die umliegenden Gemeinden hätten Bedenken geäußert, erklärte Ratscherr **Francisco Welter-Schultes** (Piraten) zu dem Antrag. Im Sinne einer guten Nach-

barschaft sollte die Stadt darauf Rücksicht nehmen. Zudem bestehe die Gefahr, dass die Einnahmen der europäisch aufgestellten Häuser nicht in Göttingen versteuert würden, während Alt-Anbieter dann mit großer Wahrscheinlichkeit weniger Steuern an die Kommunen abführen. Grundsätzlich sei gegen einen weiteren Markt nichts einzuwenden, „aber die Größe ist das Problem“, so Welter-Schultes.

Eine Position, die auch Ulrich Holfleisch (Grüne) und

Tom Wedrins (SPD) vertreten – mit Einschränkungen: Es gebe viele offene Fragen, die diskutiert werden müssten, so Holfleisch – auch die Folgen eines neuen Möbelmarktes für sogenannte innenstadtrelevante Randsortimente. Die Stadt dürfe im Rahmen ihrer Flächen- und Bauplanung allerdings keine grundsätzliche „Verhinderungsplanung“ betreiben. Im Umfeld einer „klugen Planung“ mit Antworten auf diese und weitere Fragen dürfe auch der Umgang des Investors mit

seinem Personal nicht außer Acht gelassen werden, ergänzte Wedrins – und ertotete Applaus. Für die Göttinger Linke warnte Gerd Nier, dass die vom Investor geplante Verkaufsfläche dreimal so groß wäre wie der bisher größte Anbieter in der Region: Mit Blick auf viele Sorgen und erwartete Probleme „sollten wir uns klar für eine Begrenzung entscheiden.“ Das sollen laut Ratsbeschluss jetzt aber erst einmal die Mitglieder des Bauausschusses weiter diskutieren. us